



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 0,30 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Arbeitszeit und Gesundheitschutz.

Zu den Aufgaben, die das Betriebsrätegesetz den gesetzlichen Betriebsvertretungen der Arbeiter zuzweist, gehört nach § 66 Ziff. 8 die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe. Um diese Aufgabe zu erfüllen, hat der Betriebsrat auf die Innehaltung der den gesetzlichen Arbeiterchutz betreffenden Vorschriften durch den Arbeitgeber zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten sowie die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.

Unter den Gefahrenquellen, die der moderne Industriebetrieb durch seine technischen Anlagen sowie durch die Ansammlung größerer Arbeitermassen aufweist, und die Leben und Gesundheit der Arbeiter bedrohen, verdient besonders die Ausdehnung der Arbeitszeit über ein bestimmtes Maß hinaus — die sogenannte Mehr- oder Überzeitarbeit — weitestgehende Beachtung. Dennoch wird dieser Umstand sehr oft nicht bewertet, wie es im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter notwendig ist. Gleichgültigkeit, Gewohnheit sowie die Gedungen eines höheren Verdienstes bringen es mit sich, daß dahingehenden Anforderungen des Arbeitgebers nur zu oft nachgegeben wird. Die gesetzlichen Vorschriften werden nicht eingehalten, weil man in derartigen Mehrleistungen nichts Besonderes erblickt, sie für nebenächlich hält. Das ist ein schwerer Fehler! Die medizinische Wissenschaft hat festgestellt, daß der menschliche Organismus, wenn er normal funktionieren, seine Gesundheit erhalten bleiben soll, die tägliche Arbeitszeit nicht über eine bestimmte Dauer hinausgehen darf. Der Anspannung des Organismus muß eine gewisse Zeit der Ruhe folgen. Wird von dieser nicht in ausreichendem Maße gewahrt, so treten Krankheitserscheinungen ein, die zunächst nicht wesentlich auffallen, bei weiterer Nichtbeachtung des notwendigen Ruhebedürfnisses sich aber stürmischer bemerkbar machen und schließlich — namentlich, wenn eine unzureichende Ernährung hinzukommt — zum Kräfteverfall und zum gesundheitlichen Zusammenbruch führen kann. Die nervösen Erkrankungen, frühzeitig dahinsiechen, besonders unter den Industrie- und Arbeiterinnen, sind bekannte Erscheinungen, die den Beweis dafür liefern, wieviel auf diesem Gebiete gesündigt wird.

Der physiologische Vorgang beim Entstehen derartiger Erkrankungen wird dadurch erklärt, daß sich während der Arbeitstätigkeit in dem menschlichen Organismus gewisse Giftstoffe anammeln, die Ermüdungserscheinungen hervorrufen, weshalb man sie auch Ermüdungsgifte nennt. Ist dem Körper ausreichende Gelegenheit zur Ruhe gegeben, so werden die Ermüdungsgifte ausgeschieden und üben eine nachteilige Wirkung nicht aus. Im anderen Falle findet eine genügende Ausscheidung der Ermüdungsgifte statt. Diese wirken während der auf den Organismus ein und richten ihn bei anbaunder Nichtberücksichtigung der auftretenden Beschwerden zugrunde. Am meisten sind der Gefahr der gesundheitlichen Schädigung durch zu lang dauernde Arbeit Frauen und Jugendliche ausgesetzt. Aber auch die männlichen Arbeiter bleiben von Schädigungen der Gesundheit nicht verschont.

Als Begleiterscheinung der Gesundheitschädigung durch überlange Arbeitszeit tritt in den Industriebetrieben die Zunahme der Unfallhäufigkeit auf. Im Zustande der Ermüdung, unter der Einwirkung der mit der Arbeit vielfach verbundenen starken Geräusche, Staub, Dünste, monotoner Beschäftigung usw. vermag der Arbeiter seiner Umgebung wie dem Arbeitsorgan nicht dauernd diejenige Aufmerksamkeit zuzuwenden, die zur Verhütung von Unfällen erforderlich ist. Die Vorsicht läßt nach und damit ist in zahlreichen Fällen die Unfallursache gegeben. Um die Unfallhäufigkeit in den Betrieben zu steigern, ist keineswegs eine wesentliche Verlängerung der Arbeitszeit erforderlich.

Ganz falsch wird von den Unternehmern gegenüber dahingehenden Hinweisen die effektive Arbeitszeit im Betriebe hervorgehoben und deren Verlängerung um ein oder zwei Stunden als unerheblich bezeichnet. Zur Arbeitszeit in den Betrieben muß auch die Zeit hinzugerechnet werden, die der Arbeiter auf dem Weg zur und von der Arbeit verwendet. Zieht man diese Zeit mit in Rechnung, dann ergibt sich, daß ein großer Teil der Arbeiter selbst bei achtstündiger Arbeitszeit täglich 10, 12 und mehr Stunden durch den Betrieb in Anspruch genommen werden, ehe sie sich die notwendige Ruhe gönnen können. Außerdem steht einwandfrei fest, daß die Verlängerung der Arbeitszeit keineswegs eine Erhöhung der Arbeitsleistung verursacht. Wie Professor Pippmann, der Leiter des Instituts für angewandte Psychologie in Berlin in seiner Schrift „Das Arbeitszeitproblem“ ausführt, nimmt bei Vorleistung oder durch zu geringe Pausen unterbrochener Arbeit durch eintretende Ermüdung die Leistungsfähigkeit, zugleich aber auch der Arbeitswille ab. Dieser Arbeitswille kann nicht beliebig aufgeweicht werden. Er ist jedoch für die Menge der Arbeitsleistung von ausschlaggebender Bedeutung. Eine selbst zwangsweise Ver-

längerung der Arbeitszeit ist deshalb nicht auf die Dauer imstande, den Ertrag der Arbeit zu steigern, wo dieser Arbeitswille fehlt. Das stimmt mit den Erfahrungen der Gewerkschaften überein und rechtfertigt ihre Forderung auf Durchführung des gesetzlichen Achtstundentags in weitestem Maße.

Die Vorschriften des Betriebsrätegesetzes wie der Arbeitszeitverordnung geben den Betriebsvertretungen der Arbeiter keine direkten Einfluß auf die Festlegung der Arbeitszeit in den Betrieben. Ihnen steht, soweit eine tarifliche Regelung nicht vorhanden ist, nur das Recht zu, im Benehmen mit den beteiligten Gewerkschaften bei ihrer Festlegung, insbesondere bei Verlängerungen und Verkürzungen der Arbeitszeit sowie bei der Umlegung des Ausfalls von Arbeitsstunden an einzelnen Tagen auf die übrigen Werktage der gleichen oder nächstfolgenden Woche mitzuwirken. Ferner haben die Gewerbeaufsichtsämter vor Bewilligungen von Überzeitarbeit die Betriebsvertretungen zu hören. Die Mitwirkung der Betriebsvertretung bei Verhandlungen über die Arbeitszeit, ebenso ihre Anhörung durch die Gewerbeaufsichtsbehörde ist unter diesen Umständen von keiner allzu großen Bedeutung. Weder der Arbeitgeber noch die Aufsichtsbehörde werden durch die von der Betriebsvertretung geäußerte Ansicht über die Arbeitszeitfestlegung gebunden. Dennoch wäre es verfehlt, dieses Mitwirkungsrecht als gegenstandslos zu betrachten. Im Gegenteil ist es das Recht und die Pflicht der Betriebsvertretung der Arbeiter, ihre gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit gerichtete Auffassung ebenso sachlich wie energisch zu vertreten. Wenn bei dieser Stellungnahme die wirtschaftlichen und technischen Notwendigkeiten des Betriebes gebührend berücksichtigt werden, wird sie oft von Erfolg sein. Werden trotz dieses Grunde die Vorstellungen der Betriebsvertretung nicht beachtet, so steht ihr bei unbilliger Verlängerung der Arbeitszeit nur das Recht der Beschwerde an das Gewerbeaufsichtsamt, und falls die Bewilligung von dort erfolge, an die vorgeordnete Behörde zu. Abgesehen von den Fällen, wo die Überzeitarbeit sich aus Gründen der Aufrechterhaltung und Fortführung des Betriebes für einzelne Arbeiter als notwendig erweist und den dreißig Tagen im Jahr, an denen für den Betrieb bis zwei Stunden Mehrarbeit zugelassen ist, darf eine Überzeitarbeit der achtstündigen oder tariflichen Arbeitszeit durch einseitige Verfügung des Arbeitgebers nicht stattfinden. Der gesundheitliche Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen erfordert deshalb, daß die Betriebsvertretungen die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften sorgsam überwachen und allen Verletzungen dagegen entschieden entgegen treten.

Die Auswirkungen der Wahl Hindenburgs auf den Arbeitsmarkt.

Einen Tag nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten wurde im Schoß der Reichsbank und der Reichsregierung beschlossen, die Tätigkeit der Deutschen Goldbanknoten wieder aufzunehmen. Die Bank wurde vor gut Jahresfrist von dem Demokraten Dr. Schacht gegründet und verfolgte den Zweck, die deutsche Warenausfuhr zu fördern. Dieses gelang ihr auch, indem sie, gestützt auf internationale Kapitalhilfe, der deutschen Exportindustrie namhafte Kredite zur Verfügung stellen konnte. Diese beliefen sich vor dem Beschluß, die Bank aufzulösen, auf gut 300 Goldmillionen. Die Kredite stellten also rund 50 Proz. des monatlichen Durchschnittsverbrauchs Deutschlands dar und haben auf den deutschen Arbeitsmarkt äußerst günstig eingewirkt.

Der Beschluß, die Bank aufzulösen, wurde gefaßt, weil infolge der besser gewordenen internationalen Lage die deutsche Industrie hinreichende Möglichkeit bekam, Auslandskredite aller Art hereinzunehmen. Das änderte sich mit der Proklamation Hindenburgs zum Präsidentschaftskandidaten, und zwar verhielten sich die ausländischen Geldgeber äußerst zurückhaltend. Die Verhandlungen um eigentliche Anleihen — hier kommt fast ausschließlich Amerika in Frage — kamen durchweg ins Stocken. Großen deutschen Firmen und deutschen Großstädten wurde der nachgelegte Kredit abgelehnt und verweigert. Andererseits verringerte sich das Wechselkurskontingent. Hier waren es besonders England und Holland, die nicht mehr in dem Maße wie früher solche deutschen erstklassigen Wechsel ankauften, die an das Ausland verkauft werden mußten, weil wir — eine Folge des von Hindenburg „durchgehaltenen“ und verlorenen Krieges — nicht über das nötige Anlagkapital verfügten. Ohne Zweifel hat diese Störung im internationalen Kreditverkehr wiederum den deutschen Arbeitsmarkt beeinflusst, und man geht nicht fehl, wenn man die letzten zu beobachtende Verschärfung der Krise in Deutschland darauf zurückführt.

Nun dringen Wahlen immer Unruhen in die Wirtschaft, besonders in den internationalen Waren- und Geldverkehr. Gegenüber der letzten Wahl in Deutschland liegen die Dinge aber wesentlich anders; es handelt sich hier um viel mehr als um eine bloße Begleiterscheinung irgendeiner Wahl. Fol-

gender Hinweis wird das klar machen: Die ausländischen Kredite haben, wie wir bereits oben andeuteten, die deutsche Ausfuhr belebt; vor allem waren die deutschen Exporteure wieder in der Lage, für Warenlieferungen nach dem Auslande langfristige Kredite zu gewähren. Das bedeutet natürlich Konkurrenz für die Exporteure anderer Länder. Diese Konkurrenz wird namentlich in Amerika und England unangenehm empfunden, und es setzte schon vor Monaten eine heftige Agitation gegen die Kredite an Deutschland ein. Diese Agitation wurde durch Hindenburgs Kandidatur stark begünstigt. Wenn in dem Augenblick, wo Hindenburg proklamiert wurde, die Kreditverhandlungen stockten, war dieses das Werk der englischen und amerikanischen Exporteure, die mit Hilfe dieser unglücklichen Kandidatur die öffentliche Meinung gegen die Anleihen an Deutschland mobil machten.

Nun ist Hindenburg Reichspräsident, und die deutschfeindliche Kreditpropaganda hat einen Trumpf mehr in der Hand, der mit aller Macht gegen die deutsche Ausfuhr und den deutschen Arbeitsmarkt ausgenutzt wird. Nun wird sich die internationale Finanz aber auf die Dauer, selbst durch die heftige Strömung in den Volksschichten nicht von gewinnverprechenden Geschäften abhalten lassen. Dieses zu verkennen, hieße den Geldhunger und den Ausbeutungsdrang der internationalen Finanz verkennen. Aber man darf auch die Vorsicht dieser internationalen Finanz nicht übersehen — und hier drohen neue Schwierigkeiten und Komplikationen für weitere Kredite an Deutschland. Hindenburg, der, nach eigenem Geständnis, den höchsten Wunsch seines Lebens hat, noch mal gegen Frankreich in den Krieg zu ziehen, ist der denkbar ungeeignete Mann, die wirtschaftlichen und politischen Fragen in Westeuropa zu lösen, die nur durch Verständigung mit Frankreich zu lösen sind. Die Folge wird sein, daß der französische Nationalismus und ganz besonders die französische Schwerindustrie, die das Industriebündnis mit Deutschland zur Voraussetzung für die Freigabe der besetzten deutschen Industriegebiete macht, Westfalen und Rheinland nicht räumen werden. Das ist die erste bittere Frucht der Wahl Hindenburgs. Wenn aber der französische Soldat in Belgien und Elsen stehen bleibt, dann ist der Dawes-Plan zerfallen. Der Dawes-Plan war aber die Grundlage, auf der sich die Kreditationen für Deutschland aufbauten. Die Welt gab ihr Geld an Deutschland, weil sie an den Dawes-Plan glaubte und an eine Räumung der besetzten Gebiete.

Durch diese Entwicklung ist ungefähr folgende Situation geschaffen worden: die angelfächische Finanz geht heute Hand in Hand mit der angelfächischen Industrie und mit dem angelfächischen Export. Das ist vorläufig eine Art Kreditperrre, weiter aber eine Droffellung unserer Ausfuhr mit höchst unangenehmen Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt. Ob es der Deutschen Goldbanknoten gelingt, den Boykott wesentlich zu mildern, muß bezweifelt werden, da ihre Tätigkeit nach Statuten und Kapital begrenzt und der Kapitalhunger Deutschlands zu groß ist. Vorläufig wird die Lage durch den Auspruch eines Berliner Bankiers treffend gezeichnet, welcher sagte: „Schacht verputzt gutzumachen, was die anderen „vermaffelt“ haben.“

Die Reichspressse verfußt in diesen Tagen trampfhaft die von uns dargestellten Zusammenhänge zu bestritten. Man will den Massen neuen Sand in die Augen streuen. Demgegenüber führen wir folgende Tatsachen an: Die deutschen Anleihen sind in New York nach der Wahl Hindenburgs ganz beträchtlich gesunken und liegen ungefähr 10 Proz. unter ihrem Nominalwert. Ganz besonders wurden die Krupp- und die Thyssen-Anleihe betroffen, die ganz besonders nachgaben. Auch die Dawes-Anleihe blieb von dieser Bauffe nicht verschont. Außerdem zeigte sich an den deutschen Börsen ein großes Angebot von deutschen Industrieobligationen, so daß z. B. die Aktien eines der größten deutschen Montanwerke (Harpen) an einem Tag um 6 Proz. nachgaben. Hier mußten die Berliner Banken zu großen Stützungsaktionen greifen, um das Schlimmste zu verhindern. Auch diese Zeichen beweisen gerabehz schlagend, daß der Ausfall der deutschen Präsidentschaften außerst schädigend auf den deutschen Kreditmarkt wirkte. So bedeutet die Wahl Hindenburgs, wirtschaftlich gesehen, vor allem erstmal eine weitere Weltkatastrophe auf dem deutschen Arbeitsmarktes.

Der Reichsrat hat der deutschen Wirtschaft unter der deutschen Arbeiterchaft am 26. April das geleistet, was man gewöhnlich einen Wären dienst nennt.

Die Belastung der Verbraucherschaft durch den Zwischenhandel.

Es ist von einigem Interesse für die Verbraucher, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften ohne alle Rücksichtnahme auf die sogenannte Mittelstandsposition klipp und klar den Standpunkt vertreten, daß der überflüssige Zwischenhandel ausgeschaltet werden müsse. Und in der Tat ist es auch so, daß durch das Hineinrängen Tausender vom eigentlichen Beruf losgerissener Existenzen in den Handel die Ver-

forjungs-wirtschaft ganz außerordentlich befaßt wird. Nach dem Kriege in viel größerem Umfange als vor ihm. Den fühlbarsten Schaden davon haben die Verbraucher, im ganzen aber die Volkswirtschaft.

Unter der Ueberschrift „Die Drohen des Wirtschaftslebens“ veröffentlicht beispielsweise das „Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt“ in Neuwied a. Rh., das Hauptorgan des Generalverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften (Sih Berlin) einen Aufsatz, der mit voller Klarheit den Widerfinn der Ueberfüllung des Privathandels feststellt und — geistigt. Nach der vom Statistifchen Reichsamte veröffentlichten Bestandsstatistik der Erwerbs- und Wirtschaftsgesellschaften gab es in der Gewerbetasse „Handelsgewerbe“ am Ende der Jahre:

	1913	1919	1925
Aktiengesellschaften	835	872	4 629
Gesellschaften m. b. H.	9 409	11 420	31 822
Zusammen	10 244	12 292	36 451

Das bedeutet also gegenüber 1913 eine prozentuale Zunahme der kollektiven Handelsbetriebe von 256 Proz. Diese Zahlen beziehen sich nur auf die Handelsgesellschaften in den Rechtsformen der Aktiengesellschaft und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Neben dieser sich aus ganze Reich erstreckenden Statistik gibt es noch einige lokalstatistische Nachweisungen, aus denen, die in den letzten Jahren statistisch gefundene zunehmende Ueberfüllung des Handels zu erkennen ist. In den Berliner Wirtschaftsbereichen ist eine Statistik über das Berliner Handelsregister veröffentlicht, die eine fortwährende starke Vermehrung der Handelsfirmen in Groß-Berlin feststellt. So waren in den Berliner Handelsregistern eingetragen

1913:	31 600 Handelsfirmen
1919:	39 500 „
1921:	48 000 „
Anfang 1924:	60 000 „

Die Zahl der Handelsfirmen in Berlin hat sich demnach im Laufe des letzten Jahrzehnts nahezu verdoppelt. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt ein Aufsatz „Warenverzehrung und Warenpreise“ in Nr. 805 der „Kölnischen Zeitung“, in welchem an Hand des statistischen Jahrbuches der Stadt Köln festgestellt wird, daß in Köln die Zahl der handels-gewerblichen Betriebe von 5295 im Jahre 1913 auf 13 820 im Jahre 1921 gestiegen ist.

Dementsprechend ist selbstverständlich die Zahl der einzelnen Zwischenhändler ganz riesig angewachsen und da jeder verdienen will, wird die Ware mit überflüssigen Handelskosten belastet, die in den Preisen zum Ausdruck kommen. Hierbei wird von der landwirtschaftlichen Genossenschafts-preise betont, daß die Spannungen zwischen Erzeuger- und Handelspreisen heute wesentlich höher sind als vor dem Kriege, so daß der Landwirt nicht etwa mehr verdient als vor dem Kriege, sondern eben die Wirtschaft durch die ange-schwollene Zahl der „Witzweibern“ improduktiv belastet wird.

So machte z. B. laut einer Aufstellung in der „Frankfurter Zeitung“ im August 1924 der Erzeugerpreis für Roggen nur 81 Proz. des Freieisenpreises aus, während die Spanne zwischen ihm und dem Kleinhandelspreis für Roggenmehl bedeutend größer war als vor dem Kriege. Fast überall läßt sich feststellen, daß die Belastung der Verbraucher viel stärker ist, als es sich durch die Verringerung des Erzeugerpreises rechtfertigen läßt. Vergleicht man z. B. den August 1924 mit dem Vormonat, so sieht man, daß der Erzeugerpreis für Butter um 8 Mt., der Verbraucherpreis aber um 39 Mt. im Zentner gestiegen war. Im Kleinhandel kosteten 100 Pfd. Schweinefleisch im August 41 Mt. mehr als im Juli 1924; der Erzeugerpreis für Schweine war in-dessen nur um 10 Mt. für den Zentner gestiegen. Allerwärts daselbe Bild: Bei Butter begnügt sich der Handel vor dem Kriege mit einem Aufschlag, der kaum ein Zehntel des Erzeugerpreises betrug; jetzt hat sich die Handelspanne vervier- bis verfünffacht.

Aber nicht nur der Handel, auch das Gewerbe wird von der landwirtschaftlichen Genossenschafts-preise unter die Lupe genommen und eine „Königsberger Rede“ des Reichs-ernährungsministers Graf v. Kanitz zitiert, in welcher dieser gemiß unverdächtige Zeuge u. a. sagt:

„Es gibt in der Tat zu viele Zwischeninstanzen, zu viele Händler und Wehger, zu viele Betriebsinhaber, Vieh-

händler, Geldhändler. In allen Gebieten des Güterumschages ist es daselbe Bild. Eine färrliche Drogenwirtschaft — ich spreche von den Auswüchsen, nicht von den gefunden Organen der Wirtschaft — hat sich im Haushalt unseres Volkes eingenistet... Wie ein Keil treibt dieses Gebilde zwischen dem Erzeuger und Verbraucher; es beengt auf der einen Seite durch Niederhaltung der Erzeugerpreise den Spielraum für die Produktion, verteuert auf der anderen Seite die Waren für den Verbraucher...“

Wenn man diesen Zuständen, deren Wirkung die Verbraucher-massen am eigenen Leibe zu verspüren haben, gegenüberstellt, daß die Konsumgenossenschaften bestrebt sind, die Zahl der Organisationen zu vermindern, um die Produktions- und Handelskosten herabzusetzen, und daß gleich-zeitig ihre Mitgliedschaften immer stärker anwachsen, dann ergibt sich die notwendige Folgerung, daß die genossenschaft-lich organisierte Wirtschaft die einzige Möglichkeit bietet, der in jeder Richtung ungesunden Entwicklung der privaten Handelswirtschaft entgegenzuwirken. Außerdem aber bieten alle die Konsumgenossenschaften die Möglichkeit eines direkten Geschäftsverkehrs zwischen Erzeuger und Verbraucher, wodurch die überflüssigen und verteuern den Zwischenglieder ausgeschaltet werden können.

Die Entwicklung treibt auch in dieser Richtung, aber sie könnte viel mehr beschleunigt werden, wenn die Verbraucher-massen die Konsumgenossenschaften zweckbewußt organisatorisch durch die Mitgliedschaft bei ihnen, finanziell und wirtschaftlich durch die Einzahlung von Geschäftsanteilen und Sporeneinlagen und vor allem durch den Warenumsatz bei den-selben fördern würden.

Soziale Bewegung in Deutschland.

Der Arbeitsmarkt. — Die Lebenshaltungskosten. — Die Löhne. — Die Arbeitszeitfrage. — Die Arbeitslosigkeit. — Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik. — Sozialpolitik.

Die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes im Februar hielt im März nicht mehr im gleichen Umfang an. Die große Absatzkrise im Ruhrbergbau hat zwar einstweilen noch zu keiner Verminderung der Belegschaft geführt, auch melde ten einige Fachverbände, wie der Metall-, Holz-, Fabrikarbeiterverband das Sinken der Zahl der Erwerbs-losten. Bei anderen Verbänden blieb aber die Zahl der Beschäftigungskosten gleich hoch wie früher. Die Kurzarbeit ist bei den erwähnten Verbänden von 4,24 Proz. im Februar auf 3,94 Proz. im März gesunken; die Arbeits-zeitverzierungen betragen jedoch im Februar 1—8 Stunden pro Woche, während im März, vor allem in der Metall-industrie, die Kürzung 9—16 Stunden in der Woche aus-machte, was auf die Verschlechterung des Beschäfti-gungsgrades und darauf schließen läßt, daß im April eine Steigerung der Arbeitslosigkeit einsetzten ist. Die Berichte sind deshalb besonders ungünstig, weil sonst im März mit Eintritt des Frühjahrs in der Regel eine Belebung der Wirtschaft, vor allem der Textil- und Schuhindustrie, statt-findet. — In der Holzindustrie war eine Besserung des Beschäftigungsgrades zu verzeichnen. Dagegen gestaltete sich die Lage des Arbeitsmarktes in der Chemischen und in der Schuhindustrie nicht günstig.

Die Lebenshaltungskosten, die nunmehr auf Grund des neuen Index ausgearbeitet werden, wägen eine Er-höhung von 135,6 im Februar auf 136 im März. Diese Steigerung ist um so auffallender, weil in dieser Periode die Großhandelspreise gesunken sind. In der Tat zeigt die Statistik, daß die Preise für Nahrungsmittel im Groß-handel von Februar auf März um 1,1 Proz. sanken, wäh-rend die Kleinhandelspreise sich um 2 Proz. erhöht haben. Dieser Tatsache entspricht auch, daß bei billigeren Getreide-preisen das Brot erheblich teurer geworden ist. Dies be-einträchtigt die Reallohnung. Die geringen Lohn-erhöhungen, die in dem einen oder anderen Industriezweig erreicht wurden, dienen zum Ausgleich der erhöhten Lebensunterhaltskosten, die im übrigen auf Grund des neuen Index im Vergleich zur Vorjahreszeit im Fe-bruar schon um 10 Proz. höher waren als die nach dem alten Index errechneten. Am 1. April wurden die Mieten in Preußen von 62 auf 75 Proz. gesteigert, mit der nicht flüch-tigen Begründung, daß die Hausbesitzer Erlaß für die Hypothekenaufwertung und die Reparaturen erhalten müssen. Außerdem aber soll die Hauszinssteuer erhöht

werden. Letztere sollte gerechterweise ausschließlich im Wohnungsbaubereich verwendet werden, was aber nicht geschieht. — Im Bergbau hat ein Schiedsgericht, der von den Arbeitern angenommen wurde, die Erhöhung der Schichtlöhne von 6,10 Mt. auf 6,60 Mt. bei den Schicht-löhnen festgelegt, desgleichen hat ein Schiedsgericht für die Hilfsarbeiter in der Metallindustrie die Erhöhung des Stundenlohnes um 3—4 Pf. bestimmt. Die Eisenbahn-arbeiter hatten nach Ausgange ihrer Bewegung die Hälfte ihrer Forderung, d. h. nur 3 Pf. pro Stunde als Lohn-erhöhung ausgeprochen bekommen.

Die Arbeitszeitfrage bildet weiter den Gegenstand der gemerkschaftlichen Aktion und der Arbeitskämpfe. Der Teil des neuen Entwurfs für ein Arbeitszeitgesetz, der sich auf die Arbeitszeit in der Schwerindustrie bezieht, wurde von der Regierung bereits mit den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber beraten. Die neue Arbeitszeitordnung für die Arbeiter bei den Hochöfen ist am 1. April ins Leben getreten. Eine Anzahl von Großkonzernen haben das Dreischichtensystem wieder einführen müssen. In Preußen haben aber lokale Behörden in vielen Fällen die Einfüh-rung der neuen Verordnung verhindert bzw. Verlängerungen angefallen. Bei den Tarifverhandlungen in der Metall- und Chemischen Industrie sowie im Baugewerbe spielte die Arbeitszeitfrage eine entscheidende Rolle. Der Schiedsgericht für die Metallindustrie, der unter Anertennung des Schieds-fundentags auf Wunsch des Unternehmers eine Stunde unbezahlte Mehrarbeit vorschreibt, wurde bei der Urabstim-mung abgelehnt. Die Forderung der Arbeitnehmer geht dahin, die Mehrleistung nur mit Zustimmung der Arbeit-nnehmervertreter und gegen Bezahlung zu übernehmen. Die Tarifverhandlungen für das Baugewerbe sind aus dem-selben Grunde gescheitert. In der Chemischen Industrie wurde der Tarifvertrag auf Ende März wegen der Arbeits-zeitfrage gekündigt. Das Schiedsgericht hat aber die For-derung nach Arbeitszeitverkürzung nicht angenommen, obwohl in diesem Industriezweig die zehnstündige, ja oft die zwölf-stündige Arbeitszeit sehr häufig ist.

Die Arbeitslosigkeit hatten die oben kurz geschilderten Lohn- und Arbeitszeitfragen zum Gegenstand. Der Arbeits-kampf der Eisenbahner, der auch zu einem ziemlich aus-gedehnten Streik führte, hat nur eine geringe Lohnerhöhung, nicht aber die Erfüllung der Forderung nach Arbeitszeit-verkürzung gebracht, ja es wurden die Eisenbahner in bezug auf die Arbeitszeit bis Ende Oktober gebunden. Die Aus-sperrung der Metallarbeiter in Rassel, welche von den Arbeitgebern im Anschluß an einen Streik angeordnet wurde, endete mit einem Erfolg für die Arbeiterchaft. Die Kupfer-schmiede in der Berliner Lokomotiv- und Elektrizi-tätsindustrie stehen in einem schweren Kampf für Lohnerhöhung, in dessen Folge die Arbeitgeber auch die in den Betrieben beschäftigten Metallarbeiter, an Zahl 8000, ausgesperrt haben. In der schließlichen Metallindustrie sind in Breslau zunächst 7000 Metallarbeiter, deren Löhne viel un-günstiger stehen als im übrigen Deutschland, ausgesperrt worden, ein Lohnkonflikt in der Holzindustrie steht ebenfalls bevor. Der Verkehrsstreik in Hamburg konnte durch einen Schiedspruch beendet werden.

Die Gewerkschaften müssen sich mit Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik in immer größerem Maße beschäftigen. Es drängt sich ihnen die Tatsache auf, daß das Schicksal der Ar-beiterschaft in hohem Grade von der Wirtschaftspolitik ab-hängt. So wurde bei wiederholten Gelegenheiten die reaktio-näre Steuerpolitik der Regierung, die die Lasten den Besessenen aufbürdet und den Reichtum vergrößert, unter harter Kritik genommen. Insbesondere wurde die Heraus-hebung des steuerfreien Existenzminimums bei der Lohn-steuer gefordert. Es ist sehr beachtenswert, daß auch der Reichswirtschaftsrat kürzlich die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auf 100 Mt. monatlich befürwortet hat. — Bei der Aufwertungsfrage geht die Forderung der Arbeitnehmer dahin, die sozialen Gesichtspunkte stärker wägen zu lassen und insbesondere auch bei den Angestellten-, Invaliden- und Unfallversicherungen und den privaten Pen-sionskassen eine stärkere Aufwertung vorzunehmen. Auch in bezug auf die allgemeine Handels- und Sozialpolitik wurde sowohl bei der Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wie beim Kölner Hüttenarbeitertag die Forderung ausgeprochen, daß die Vertreter der Arbeit-nehmer zu den Handelsverhandlungen zugezogen werden

Von Spielfachen, Sorge und Not*)

Das Ergebirge ist dem Namen nach allgemein bekannt. Aus Reichsüberungen weiß man, daß es eine schöne Gegend ist, mit prächtigen Tannenwäldern. Viele Menschen haben seine Berge und Täler durchwandert und dabei eine Fülle von Naturerscheinungen kennengelernt. Wer ohne Sinn für die Natur dahinwandert, wer nur überall Häuser und Menschen sucht, auch der kommt hier auf seine Rechnung. Ueberall, im Tal, am Berge und auf dem Berge stehen Dörfer und kleine Städtchen. Fabrikdampfkamine ragen gen Himmel, und durch die Fenster der Fabriken tritt eifriges Schaffen. Gegen Abend wird hier Ruhe, es ist Feierabend. Einige Stunden später schlendert der Wanderer durch die Straßen, die auffallend leer sind. Auch Kinder sieht man selten spielen und herumtollen. Im Augenblick wundert man sich über die Bevöllerung, warum sie nicht auch einen Abend-spaziergang macht und sich an dem herrlichen Sommerabend erfreut. Schlaft, wie alle Fremden nun einmal sind, findet man bald die Erklärung: Die Arbeiter leben ja immer hier, sie sind des Spazierengehens längst überdrüssig.

Während der Wanderer so denkt, sitzen in den kleinen Arbeiterhütten Eltern und Kinder am Tisch bei fleißiger Arbeit. Die Kinder wiederholen ihre bitende Frage, ob sie nicht auf die Straße spielen gehen könnten. Dem Vater und der Mutter fällt die Ablehnung schwer, aber es geht nicht,

die Arbeit muß erst fertig sein. Auf dem Tisch liegen Teile von kleinen Stülischen, Schränkchen und anderen schönen Sachen für die Puppenstuben. Sie werden zumangeleimt, gesägt und lackiert. So gibt es Arbeit für alle, auch für das vierjährige kleine blasse Mädchen. Wie gut würde ihr und den Geschwistern und auch den Eltern ein Spaziergang in der frischen und gesunden Abendluft tun. Die Arbeit geht aber vor. Der Vater verdient im Betrieb so herzlich wenig, daß die ganze Familie Heimarbeit vorrichten muß, damit sie sich über Wasser halten kann. Die Mutter arbeitet den ganzen Tag über an den kleinen Möbeln; für die Hausarbeit bleibt nicht viel Zeit übrig, wenn ein paar Mark in der Woche verdient werden sollen. Wenn die Kinder aus der Schule kommen, müssen auch sie mithelfen, ebenso geht es dem Vater und den erwachsenen Kindern, wenn sie abends aus der Fabrik kommen. Arbeiten, immer arbeiten, das ist das Los dieser Arbeiterfamilien.

Die Holzindustrie ist im Ergebirge stark vertreten. In kleinen und großen Betrieben werden die verschiedenartigsten Gegenstände gemacht. Tausend Arbeiter und Arbeiterinnen sind in diesen Betrieben beschäftigt. Daneben gibt es noch viele Tausend Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen. Wie anderwärts, sind auch hier zwei Arten von Heim-arbeitern zu unterscheiden. Einmal solche, die auf eigene Rechnung arbeiten und die Gegenstände an die Verleger verkaufen. Die zweite Heimarbeitergruppe erhält das Ar-beitmaterial vom Unternehmer geliefert; sie arbeitet also auf dessen Rechnung zu Hause.

Auch im Ergebirge herrscht Streik darüber, ob die auf eigene Rechnung arbeitenden Personen Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibende sind. Dem Beteiligten ist der Name im allgemeinen höchst gleichgültig, einige legen aber doch großen Wert darauf, daß sie als Hausgewerbetreibende be-trachtet werden. Sie benutzen sich auf ihre „Selbständigkeit“, die in den meisten Fällen allerdings sehr zweifelhafter Natur ist. Ihrer wirtschaftlichen Lage nach sind es Heimarbeiter, die sich mit Mühe und Not durchs Leben schlagen. Diese sogenannten Hausgewerbetreibenden sind in der Hauptsache

im Bezirk Seiffen-Heidelberg heimisch. Hier leben etwa 2000 männliche und etwa 1500 weibliche Heimarbeiter. Ueber die Zahl der mitarbeitenden Kinder gibt es keine zuverlässigen Angaben. Jedoch steht so viel fest, daß alle Arbeiterin der zur Mitarbeit herangezogen werden. Wie schon erwähnt, arbeiten die Heimarbeiter in diesem Bezirk auf eigene Rechnung. Das Rohmaterial (Holz, Farbe, Holz, Leim, Nägel usw.) besorgen sie sich selber. Hergestellt werden alle mög-lichen Arten von Holzspielachen. Eine geregelte Arbeitszeit gibt es nicht. Wenn Aufträge vorhanden sind, wird bis spät in die Nacht hinein gearbeitet. Tägliche Arbeitszeiten von 18 Stunden sind die Regel. Auch Sonntags wird meistens noch gearbeitet. Wenn das Weihnachtsgeschäft blüht, müssen auch die Kinder bis in die Nacht hinein mit-arbeiten. Während der flauen Geschäftszeit wird gewöhnlich 10 Stunden täglich gearbeitet. Bei dieser Arbeitszeit werden reine Wochenverdienste von 8 bis 30 Mt. erzielt, je nach der Anzahl der arbeitenden Personen. In einer Familie mit 30 Mt. Verdienst in der Woche arbeiten mit: Vater, Mutter, zwei Söhne von 23 und 11 Jahren und zwei Töchter von 15 und 12 Jahren. Eine andere besagte Familie besteht aus dem Vater, der Mutter und drei Söhnen von 14, 13 und 12 Jahren; hier beträgt der Verdienst in der Woche 25 Mt. Wenn das Geschäft schlecht geht, ziehen die Heim-arbeiter von Verleger zu Verleger und bieten ihre Ward an. Das ist für die Unternehmer eine glückliche Zeit. Sie erklären dem Heimarbeiter, daß sie im Augenblick keinen Bedarf für seine Sachen haben; wenn er aber sehr gern los sein wolle, dann würden sie kaufen, aber selbstverständlich für einen niedrigeren als den sonst üblichen Preis. Der Heimarbeiter, der Geld braucht, ist schließlich gezwungen, zu verkaufen. Auf diese Weise macht der Unternehmer ein glän-zendes Geschäft.

Die Heimarbeiter können diese unwürdigen Zustände wenn auch nichts ganz beseitigen, so doch wesentlich mildern, und zwar durch festen Zusammenschluß zu einer Organisa-tion. Seit einiger Zeit sind genossenschaftliche Bestrebungen im Gange. Das Weihnachtsgeschäft 1924 wurde bereits ab-

*) Diese kleine und sehr lehrreiche Schilderung über die Art der Heimarbeit ist der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband heraus-gegebene Schrift „Die Heimarbeit in der Holzindustrie“ entnommen. Sie enthält, die im Buchhandel 20 Pf. kostet, auf einem Rundschrei-bener gedruckt, und mit vielen Aufstellungen versehen ist, eingehend im Zusammenhang mit der Heimarbeit, die vom 25. April bis 15. Mai in Berlin (Raukonferenzgebäude an der Berliner Bahnhof-) stattfand. Sie schildert die Arbeit- und Lebensverhältnisse der Heimarbeitlerfamilien in der Holzindustrie. Was sie darüber zu be-züglich weiß, greift sie an das Material, und das ist es, was die Heimarbeitler sich meist über die Heimarbeit sehr mangelhaft orientiert, was den Kampf der Heimarbeit um bessere Zustände sehr erschwert. Unsere Berichtler Kollegen und Kolleginnen sollten den Versuch der Abklärung nicht verfehlen. Karten zu dem erwähnten Briefe von 25 Pf. sind im Ortsbureau zu haben.

ollen. Die rasche Unterbreitung der Zollnovelle wurde ebenfalls gefordert. — Auf dem Gebiete des Wohnungs- und Lebens muß das Verfallene nachgeholt werden; die Forderungen der Arbeitnehmer gehen dahin, an Stelle der Zwangsmitgliedschaft nicht die freie Bauwirtschaft heraufzustellen, die der Wohnungsmieter überhaupt nicht abheben könnte, sondern im Sinne der Verfallung die soziale Umgestaltung des Wohnungswesens vorzunehmen und die Hausinsassen, die ein schweres Opfer für die breiten Massen darstellen, in ihren Dienst zu stellen. — Die Deutsche Gewerkschaftsbank hat vor kurzem ihre Bilanz für das Jahr 1924 vorgelegt. Sie zeugt von günstigem Geschäftsgang; neben erheblichen Beträgen für die Reservefonds konnte eine Dividende von 10 Prozent den Aktionären — dies sind sämtlich gewerkschaftliche Organisationen — verteilt werden.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik waren es insbesondere die Fragen der Sozialversicherung, welche die Tagungen und die Presse der Arbeitnehmer beschäftigten. Der Entwurf des Gesetzes für die Arbeitslosenversicherung, die dem Reichstag noch nicht vorgelegt wurde, ihm aber nach Erklärung des Arbeitsministers bald unterbreitet werden soll, wurde einer eingehenden Kritik unterzogen. Es gilt, statt einer „verbesserten Armenfürsorge“, die die heutige Arbeitslosenunterstützung darstellt, dieser eine festumrissene gesetzliche Gestalt zu geben. Der neue Entwurf für die Unfallversicherung beschäftigt, einen großen Teil der Unfallbeschädigten — unter 20 Prozent Erwerbseinkünfte — von der Rente überhaupt auszuschließen, anderen umfangreichen Gruppen der Beschädigten — bis 50 Prozent Erwerbseinkünfte — einen großen Teil der gegenwärtigen Rente zu nehmen, um auf diese Weise die Soziallasten zu vermindern. Die Renten der Schwerbeschädigten sollen dagegen erhöht werden. Dieser Entwurf hat die Mißbilligung der Arbeiterschaft hervorgerufen. — Das Organ der Bergarbeiter macht darauf aufmerksam, daß die Arbeitgeber einen Feind gegen das Reichsnahrungsamt, dessen Wirksamkeit bisher durch die Nachlässigkeit der Regierung verhindert wurde, vorbereiten. Die Ruhegehälter bei der Angestelltenversicherung wurden durch Gewährung eines zehnjährigen Steigerungsbetrages und für ältere Versicherte einer Zulageerhöhung erhöht. Damit wurde aber die Forderung des „All“-Verbandes nach Verdoppelung des gegenwärtigen, völlig unzureichenden Ruhegebüses — von 300 Mk. im Jahr auf 600 Mk. — bei weitem nicht erfüllt. — Die Unfälle im Bergbau und in der Industrie häufen sich in erschreckendem Maße. Bei der Untersuchung der Unfallursachen wurde dem verderblichen Antriebsystem, das im Bergbau und in anderen Industrien besteht, in Arbeitnehmerkreisen größere Aufmerksamkeit zugewendet. — Im April wurde unter der Leitung der Gesellschaft für soziale Reform eine Heimarbeitausstellung eröffnet, die geeignet ist, die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Mißstände bei der Heimarbeit zu lenken. Aus dem Leben der freien Gewerkschaften soll verzeichnet werden, daß deren weißer Verband der Maler und der der Glasarbeiter, ihr 40jähriges Bestehen gefeiert haben.

Urlaub und Reisen.

Die Zeit des Urlaubs kommt wieder heran. Es ist von medizinischer Seite immer wieder auf die Bedeutung hingewiesen worden, die eine Entfernung des Menschen aus der gewohnten Umgebung während des Urlaubs für die Erholung und Kräftigung des Körpers hat, aber leider sind die Meiste, die für solche Zwecke nötig sind, nur vereinzelt vorhanden. Für die meisten kommt darum ein Verleben des Urlaubs in Erholungshäusern nicht in Betracht. Viele haben aber Angehörige, bei denen sie die Ferien fern von der Heimat, verleben könnten, doch da machen die hohen Eisenbahntarife den verheirateten Arbeitern und Angestellten, besonders wenn sie große Familien haben, die Reise oft unmöglich. Mit Recht trat darum auch der bayerische Landesgewerkschaftsrat Dr. Koelsch vor einiger Zeit in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene für eine soziale Gestaltung der Eisenbahntarife im Sinne des Urlaubs ein. „Es sind verblüffende Eisenbahntarife zu gewahren“, schreibt er, „die Verkehrsverwaltung darf sich solchen sozialhygienischen Notwendigkeiten nicht verschließen.“

sozialwissenschaftlich organisiert und dabei wurden ganz beachtliche Erfolge erzielt.

Auch über die Zahl der Heimarbeiter, die von den Produktionsbetrieben beschäftigt werden, lassen sich genaue Angaben nicht machen. Die Beschäftigtenzahl ist sehr stark abhängig von der Geschäftslage. Während des Weihnachtsgeschäfts ist schätzungsweise mit 3000 bis 4000 Heimarbeitern zu rechnen. Ein Teil davon sind Männer, in der Hauptsache handelt es sich aber um Frauen und Kinder. Der Hauptteil dieser Heimarbeiter ist der Bezirk Eppendorf. Die Heimarbeiter sind hier hauptsächlich mit der Herstellung von Puppenmädeln beschäftigt. In allen Familien werden Spielzeugen verfertigt, gebeit und bemalt. Der Lohn wird nach Stückzahl berechnet. Trotz langer Arbeitszeit werden nur jämmerlich niedrige Verdienste erreicht. Gut eingearbeitete Heimarbeiter können günstigenfalls auf 15 Pfennig Stundenlohn kommen. Die Stückpreise sind nicht tarifvertraglich festgelegt, jedoch ist erreicht, daß, wenn die Betriebsverhältnisse verbessert werden, die Heimarbeitertarife in gleichen Verhältnissen steigen.

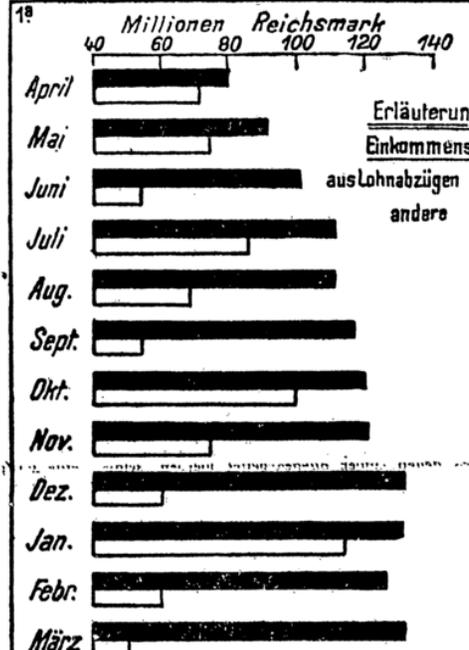
Auch in der erzgebirgischen Spielwarenindustrie ist die Heimarbeit eine Folge der niedrigen Löhne der Arbeiter im Betrieb. Was sie verdienen, reicht nicht aus, um die Familie zu ernähren. Die Frauen und Kinder müssen mitarbeiten. Trotz alledem haben sie nur ein Leben der Sorge und Not. Die Wohnungsverhältnisse liegen sehr im arge; zahlreich sind die Räume, die den Familien Wohnung nicht verdienen. Die Lebenshaltung ist sehr dürftig; Kinder und Eltern sind unterernährt. Seitdem sich ein starker Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen dem Deutschen Holzarbeiterverband angeschlossen hat, ist es gelungen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen wesentlich zu verbessern. Vorher bestanden aber so unenschickliche teure Zustände, daß trotz der Erfolge die Verhältnisse noch recht ungünstig sind. In dem gleichen Maße, wie es hier gelingt, weitere Fortschritte zu machen, wird sich die Lage der Heimarbeiter verbessern. Sie selber müssen sich aber auch rühren und mit den Betriebsarbeitern gemeinsame Sache machen. Das ist der Weg, der nach Ziele führt.

In Frankreich hat man diesen sozialen Schritt jetzt getan. Wie die „Berkehrstechnik“ berichtet, werden dort für die Reise zwischen allen Bahnhöfen der sechs großen französischen Eisenbahngesellschaften für Entfernungen von mindestens 300 Kilometern für Hin- und Rückfahrt zusammen 5 Familienfahrkarten zu sehr erheblichen ermäßigten Preisen ausgegeben. Dieser Preis beträgt für die ersten zwei Personen den vollen Fahrpreis, für die dritte den halben und für die vierte und weitere Personen ein Viertel des gewöhnlichen Fahrpreises. Drei Familienmitglieder müssen zusammenreisen; weitere Angehörige können für sich reisen. Für Reisen, die über 400 Kilometer hinausgehen, wird auf den Fahrpreis der 400 Kilometer überschreitenden Strecke noch eine weitere Ermäßigung gewährt, die 10 Proz. bei vier Personen beträgt. Die Karten gelten für die Zeit vom 15. Juni bis zum 5. November.

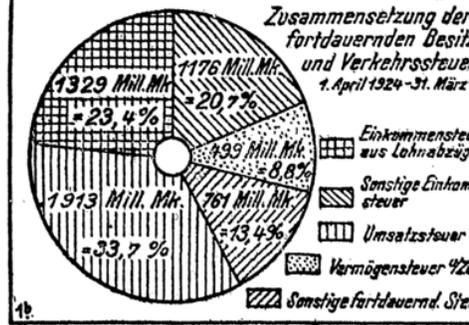
Es ist zu wünschen, daß eine derartige Berücksichtigung des Urlaubs in den Tarifen auch in Deutschland recht bald vorgenommen wird. Die vereinigten Sommerferienzüge, die nur die großen Reiselinien betreffen, genügen nicht. Durch Familienkarten würde Tausenden von Erwachsenen und Kindern die so nötige Erholung gegeben werden können, die ihnen bei den derzeitigen hohen Fahrpreisen unmöglich ist.

Wie die Steuerzahler im letzten Steuerjahre herangezogen wurden.

In einer jetzt bekanntgegebenen Denkschrift hat es die Reichsregierung abgelehnt, die Anstaltsgewinne zu besteuern. Sie begründet dies u. a. damit, daß, wollte man die Umrechnung genau vornehmen, einige Tausend Beamte notwendig seien, um diese Arbeit zu bewältigen. Dem



Die Erträge der Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1924/25 (1.4.24-31.3.25).



gegenüber muß der Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit zu Gemüte geführt werden, daß sie es ist, die den Hauptteil der Steuerlasten zu tragen hat. Es gibt keinen besseren Anknüpfungspunkt, als das Steuerjahr 1924. Auf beigefügtem Schaubild ist eine der wichtigsten Steuerkategorien herausgegriffen worden, um die Steuerlast der Besitzenden und Befähigten zu zeigen.

Die fettgedruckten Säulen auf dem Schaubild stellen die Lohnsteuer dar, die von den Arbeitern, Angestellten und Beamten allein aufgebracht werden mußten. Die darunter befindlichen kleineren Säulen zeigen den Teil der Einkommensteuer, der von den Besitzenden, Erwerbsgesellschaften usw. aufgebracht wurde. Man sieht aus der Zeichnung, daß im ersten Vierteljahrmonat sich die Lohnsteuer erhöht. Dies ist daraus zu erklären, weil bisher in den betr. Monaten Vorauszahlungen zu leisten waren. Hinfür sollen die Vorauszahlungen wegfallen, so daß sich für die Zukunft vielselt noch ein ungünstigeres Bild ergibt. Im Monat März 1925, wo die Ermäßigung auf die Steuern der Besitzenden bereits wirksam war, übertrag die Säule der Lohnsteuer diejenige der Besitzenden ganz gewaltig. Eine der schlimmsten Steuern ist die Umsatzsteuer, da diese bei jedem Warenumschlag erhoben wird und somit das

Preisniveau sehr ungünstig beeinflusst. Da die Geschäftslaute diese Steuer auf die Warenpreise einfach draufschlagen, muß die Umsatzsteuer in der Hauptsache von der großen Masse getragen werden. Von den Besitz- und Verkehrtsteuern entfällt auf die Umsatz- und Lohnsteuer 57 Proz. Ferner befinden sich in dieser Steuerkategorie noch kleinere, die Fahrartensteuer u. a., die ebenfalls von der Masse getragen werden müssen. In dem Schaubild nicht enthalten sind die indirekten Steuern und die Zölle. Mehr als eine Milliarde mußte als Abgabe bei dem Verbrauch von Tabak, Bier, Zucker, Branntwein, Salz usw. geleistet werden. Es bedarf keiner Begründung, daß auch diese auf den Massenverbrauch beruhenden Steuern von dem arbeitenden Teil der Bevölkerung aufgebracht werden mußten. Dasselbe ist der Fall bei den Zöllen, die eine Einnahme von 356 Millionen Mark erbrachten.

Möge sich ein jeder diese Zahlen einprägen. Erst dann wird er erkennen, welche Verlebung darin zu erblicken ist, daß Sündenburg mehr als 14 Millionen Stimmen bekommen konnte. Niemand hat sich das Wort besser bewahrt, daß nur die allergrößten Käfer sich ihren Weg selber wählen. Das Steuerjahr 1924/25 zeigt auch dem Denkfähigen, wozu die Reise geht, wenn die Arbeiterschaft sich nicht ermannt und seine Geschichte selbst in die Hand nimmt.

Steuerüberwälzung und Sozialpolitik.

Ein verarmtes Volk kann sich keine ausgedehnte Sozialpolitik leisten. So lesen wir immer in der Unternehmerpresse, so hören wir immer wieder in den Reden der Großunternehmer. Wir kämpfen gegen diese Behauptung mit dem Hinweis auf die Volkswirtschaft, auf die Notwendigkeit der Schonung und Erhaltung des teuersten Gutes, der menschlichen Arbeitskraft. Wir führen den Beweis, daß, je verarmter ein Volk ist und je mehr deshalb seine Lebenshaltung, insbesondere seine Ernährung, gesunken ist, es um so mehr notwendig ist, die Einkünfte an Arbeitskraft, an körperlicher und seelischer Widerstandsfähigkeit durch Sozialpolitik auszugleichen.

Der „Wirtschaft“ kann man nicht die hohen sozialpolitischen Lasten zumuten, heißt es in bezug auf die sozialpolitischen Ausgaben, die nicht durch den Staat selbst, sondern durch die beteiligten Unternehmer und Arbeitnehmer aufgebracht werden. In Wirklichkeit handelt es sich aber bei diesen Lasten in erster Linie um Ausgaben, welche die Arbeitnehmer unmittelbar, beziehungsweise durch die Vermittlung der Unternehmer aus ihren Löhnen oder Gehältern an die sozialpolitischen Einrichtungen (Krankentassen usw.) abführen. Der Teil dieser Abgaben, der von den Unternehmern selbst getragen wird, kann aber ebenfalls — bei der Festsetzung der Löhne und Gehälter trägt der Unternehmer diesen Lasten bereits Rechnung.

Es wird behauptet, daß die Konkurrenzfähigkeit mit anderen Ländern, wo die Sozialpolitik rückständig ist, bei hohen sozialpolitischen Lasten des „Inlandes“ gefährdet wird. Wir müssen in der Tat bestrebt sein, dahin zu wirken, daß auch die übrigen Länder sozialpolitisch nicht zurückbleiben, sowohl deshalb, weil mir die Verbesserung des Schicksals unserer Arbeitsbrüder im Ausland wünschen, als auch deshalb, weil wir selbst unter der Ausbeutung ausländischer Arbeitskraft leiden müssen. Es sind bereits sehr beachtenswerte Ansätze hierfür vorhanden — zollpolitische Maßnahmen Oesterreichs und Englands sollen unter anderem diesem Zwecke dienen. Indessen dürfen wir das Argument mit der Konkurrenzfähigkeit nicht allzu tragisch nehmen. Die Gesundheit der Arbeitnehmer ist die beste Anlage, die schließlich auch zur Verbilligung der Produktion führen muß. Mit Recht können wir zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit eine andere Kreditpolitik, geringere Unternehmerrgewinne, bessere Produktionsmethoden verlangen, die alle wirksamer sind als die Drohung der Sozialpolitik.

Nun aber das Argument mit den Steuern. Mit diesen möchten wir uns jetzt befassen. Ein großer Teil der sozialpolitischen Ausgaben wird aus Steuern bestritten. Die Unternehmer behaupten aber, daß sie steuerlich überlastet sind und zu ihrer Entlastung die Einschränkung der Sozialpolitik nötig sei.

Wer trägt aber die Steuern? Wir müssen dreierlei Arten der Steuern unterscheiden.

Bei einem Teil der Steuern ist es offensichtlich, daß sie von den breiten Massen getragen werden, das heißt, es müssen diese Massen, indem sie einen großen Teil ihres Einkommens an die Staatstasse abführen, ihren Verbrauch einschränken. In diese Gruppe gehören fürliche Verbrauchssteuern und Zölle, aber auch die Umsatz- und Verkehrtsteuern, und natürlich auch die Lohnsteuer. Daß diese Steuern von den Unternehmern bezahlt werden, ändert nichts an der Sachlage, da sie ganz offensichtlich in die Warenpreise einfließt werden. Es ist aber bekannt, daß der größte Teil der Staatseinnahmen aus diesen Steuern aufgebracht wird.

In der zweiten Gruppe möchten wir die Steuern erwähnen, deren Überwälzung an die Verbraucher ohne Zweifel feststeht, ohne daß diese Überwälzung so offensichtlich ins Auge springen würde, wie dies bei den oben erwähnten Steuern der Fall ist. So kommt zum Beispiel Professor Bonn kürzlich in einem Vortrag den Beweis führen, daß sämtliche Reparationslasten von den Verbrauchern getragen werden. Die Reichsbahn muß mit einem großen Beitrag zur Zahlung der Reparationslasten verhalten; sowohl ihre Gewinne, wie die von ihr erhobenen Verkehrtsteuern müssen hierfür verwendet werden. Indessen kommen diese Summen in den Warenpreisen unschwer zum Ausdruck. Jeder Verkäufer wird bei den Verkaufspreisen die Produktkosten berücksichtigen. Aber auch die Lasten von den Industriebetrieben, den jährlichen Reparationssummen, die von der Industrie gesahlt werden können, worauf Herr Professor Bonn hinweist, vollkommen überwälzt werden, auch diese werden schließlich von den Verbrauchern getragen. Wir können aber auch von einer sehr

wichtigen Steuerart, von der Einkommensteuer, mit Recht behaupten, daß diese auf die Verbraucher überwälzt wird, ganz sicher dann, wenn besondere Maßnahmen beziehungsweise sehr radikale Vorschriften nicht für das Gegenteil wirken.

Die dritte Gruppe enthält die Steuern, deren Überwälzung auf die Verbraucher für unser Urteil zweifelhaft ist, beziehungsweise wo die Möglichkeit besteht, daß diese nicht oder nur zum kleineren Teil überwälzt werden können. In dieser Gruppe pflegen wir Steuern, wie Vermögens-, Erbschafts-, Grundrenten-, Vermögenswachstumssteuer, außerdem besonders Einkommensteuer auf hohe Einkommen, Inflationsgewinn- und Spekulationssteuern und ähnliche zu erwähnen.

Wenn wir den Kampf für die gerechte Lastenverteilung führen, so fordern wir, daß die Steuern, die in diese dritte Gruppe fallen, die unmittelbaren Verbrauchsteuern und die offensichtlich überwälzbaren Steuern aber herabgesetzt werden sollen. Gegenwärtig wird bekanntlich nur ein verschwindend geringer Teil der Staatsausgaben aus solchen Steuern bestritten.

Nun sagen uns aber ernste Finanzwissenschaftler: Euer Kampf um die Lastenverteilung ist müßig. Umsonst werdet ihr statt Verbrauchsteuern andere erkämpfen, welche den Besitz belasten sollen. Alle Steuern, selbst solche, von denen man das Gegenteil annimmt, wie Vermögens- und Grundrentensteuern usw. können auf den letzten Verbraucher überwälzt werden. Die Steuern sind Kostenelemente der Produktion und es ist unmöglich, die Verbraucher davor zu schützen, daß sie sämtliche Steuern allein tragen sollen. Ihr Schutz kann allein in der Sozialpolitik bestehen, die ihnen zum Teil wieder gibt, was die Steuern von ihnen genommen haben. (Dieser Gedankengang wird uns unter anderem in einem steuerpolitischen Aufsatz in „Schmollers Jahrbuch für Nationalökonomie“ mitgeteilt.)

Wir können uns nicht der Meinung anschließen, daß sämtliche Steuern auf die Verbraucher überwälzbar sind und müssen deshalb den Kampf um die Lastenverteilung weiterführen. Soviel ist aber ohne Zweifel zuzugeben, daß die Steuern in sehr hohem Maße auf die letzten Verbraucher überwälzbar sind, und daß ein erheblicher Teil auch der Steuern, die wir oben in die dritte Gruppe einreihen, schließlich vom Verbraucher getragen wird.

Unter solchen Umständen aber, wo der größte Teil der Steuern offensichtlich, ein erheblicher Teil der übrigen Steuern, selbst die auf Besitz und Vermögen, mit der größten Wahrscheinlichkeit vom Verbraucher, das heißt von den großen Massen der arbeitenden Bevölkerung getragen wird, ist die Forderung der energischen Sozialpolitik steuerpolitisch vollkommen gerechtfertigt. Es ist nicht so, wie die Unternehmer behaupten, daß sie keine Steuern für sozialpolitische Zwecke zu leisten vermögen, sondern umgekehrt: fast sämtliche Steuern werden von den breiten Massen getragen und die Sozialpolitik gibt diesen nur einen kleinen Teil dessen zurück, was ihnen genommen wurde. Die Verbraucher bezahlen in den Warenpreisen fast sämtliche Steuern; und ihre Unterbringungen werden aus diesem Grunde gesteigert. Die Staatsausgaben für die Sozialpolitik müssen wenigstens zum Teil gutmachen, was die Beschaffung der Staatseinkünften ihnen verschuldet hat.

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Die Berliner Kollegenchaft nahm in der Mitgliederversammlung vom 29. April die Aufstellung ihrer Kandidaten zum Verbandstag vor. Vorher gab das Abkommen, welches die Berliner Ortsvorsitzenden der Buchdrucker und Hilfsarbeiter mit dem Verein Berliner Buchdruckerbesitzer in bezug auf die Waiseier getroffen hatten. Veranlassung zu einer ausgedehnten Debatte. Nachdem Kollege Glöck die Gründe für das Abkommen klargelegt hatte, wobei er darauf hinwies, daß das Abkommen leider von unserer Kollegenchaft ganz falsch ausgelegt wird und von der gemeinsamen Funktionärerversammlung der Hilfsarbeiter und Buchdrucker angenommen ist, erhielt das Abkommen durch fast alle Diskussionsredner unter starkem Beifall eine scharfe Ablehnung. Kollege Glöck bezeichnete es als sehr erreglich, wenn diese Debatte dazu führen würde, im nächsten Jahr eine geschlossene Arbeitsruhe am 1. Mai in der Berliner graphischen Industrie zur Durchführung zu bringen. Eine Entschliessung, trotz des Abkommens für eine völlige Arbeitsruhe in den Betrieben einzutreten, fand einstimmige Annahme.

Zur Kandidatenaufstellung zum Verbandstag führte Kollege Glöck aus, daß der Ortsvorstand aus technischen Gründern dazu gekommen ist, bei der Veranlassung eine Anzahl von Kolleginnen und Kollegen vorzuschlagen. Unter Berücksichtigung einer Vertretung unserer weiblichen Mitglieder und der einzelnen Branchen, wie Steindruck usw., mußten doch weitgehende Wünsche, z. B. besondere Vertretung der Arbeitslosen, abgelehnt werden. Angenommen ist es der Versammlung, diese Vorschläge zu erweitern. Entschieden abzulehnen sei die Aufstellung von Kandidaten, welche dem Hauptvorstand angehören, da die Berliner Anträge mit denen des Hauptvorstandes vielfach kollidieren. Die Wahl der Kandidaten findet durch U.wach am 25. Mai statt. Das Wahlergebnis wird mit dem Stimmzettel im Mitteilungsblatt veröffentlicht. Nach längerer Debatte, in welcher von seiten des Ortsvorstandes betont wird, daß es ihm ganz fern gelegen habe, die Vorschläge etwa nach politischen Gesichtspunkten aufzustellen. Aufgebend war, nur Mitglieder aufzustellen, welche in der Berliner Zahlstelle durch praktische und erfolgreiche Arbeit ihre Befähigung nachgewiesen haben. Die Aufstellung von Hauptvorstandsmitgliedern als Kandidaten lehnte die Versammlung mit großer Mehrheit ab. Ein weiterer Beschluß bestimmt, daß die Aufstellung der Kandidaten zur Wahl in alphabetischer Reihenfolge zu erfolgen hat. Durch Ergänzungsvorschläge erhält die Liste jetzt 22 Namen, von denen 12 zu freieren sind. Die Namen sind folgende: Bach, Margarete; Blantenburg Max; Grohmann, Gustav; Günther, Richard; Grohmann Will; Klaus, Hermann; Hofmann, Max; Krapp, Luise; Krenzl, Franz; Marg, Alfred; Meier, Karl; Meier, Hermann; Pohl, Karl; Pöfke, Max; Reintz, Robert; Rosenfelder, Otto; Seelig, Erich; Rahn, Otto; Schäfer, Oskar; Stache, Oskar; Straßendorf, Alfred; Wendisch, Richard.

In die Wahlkommission wurden gewählt: Kortmann, Bleich, Henel, Fornseit, Katanek und Kunze (Mosse). Unter Mitteilungen wurde noch darauf hingewiesen, die Ferienbestimmungen überst auf Anwendung zu bringen, außerdem wurde zur regen Beteiligung an unserem Frühjahrsfest am Himmelfahrtsfest aufgeführt und mitgeteilt, daß zur Heimkehrfeierstellung ein gemeinsamer Besuch geplant ist.

Eleganz. Mitgliederversammlung am 18. April. Der Vorsitzende Kollege Vogt konnte in der gut besetzten Versammlung Mitglieder aus Jannau und Buznang und ebenfalls unseren Gausleiter Reinhold-Breslau begrüßen, der ein instruktives Referat über die Arbeit in den Gewerkschaften während der letzten Zeit hielt. Nach kurzer Aussprache erstattete Kollege Hofrichter den Kasienbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Die Versammlung erteilte ihm Entlastung. Zur Regelung der Beitragsfrage wurde beschloffen, den Ortsbeitrag für weibliche Mitglieder auf 15 Pf. und für männliche Mitglieder auf 20 Pf. wöchentlich festzusetzen.

Rundschau.

Das Lohnabkommen im Buchdruckergewerbe gekündigt. Die vertragsschließenden Parteien auf Arbeiterseite haben das bestehende Lohnabkommen im Buchdruckergewerbe zum 29. Mai gekündigt. Wann die neuen Verhandlungen stattfinden werden, steht noch nicht fest.

Die hohen Gewinne im Buchdruckergewerbe sind geradezu sprichwörtlich geworden. Nebenall wo man hinschaut, spricht man über die glänzende Konjunktur im graphischen Gewerbe, die den Unternehmern große Gewinne bringt. Allseitig wird das festgestellt und wir haben in der Nr. 12 vom 21. März auch darauf hingewiesen, indem wir den Geschäftsüberblick der Günther u. Sohn-N. G. kurz beleuchteten. Die „Zeitschrift“ glaubt, daß unsere Annahme über den Gewinn, den die Firma aus ihren Arbeitern herausgewirtschaftet hat, eine irrige sei. Das Unternehmernorgan wird uns nicht belehren können. Wir wissen genau so gut wie die Schreiber der „Zeitschrift“, wie eine Bilanz gelesen werden muß und sie werden nicht bestreiten können, daß die betreffende Gesellschaft eine Dividende von 16 Proz. ausgeschüttet hat, was einer Verzinsung des Aktienkapitals von 11 Proz. gleichkommt.

Wir geben heute erneut von einer anderen Gesellschaft aus dem graphischen Gewerbe eine Darlegung, wie sich die Konjunktur auswirkt, nämlich von der Buch- und Steindruckerei E. Gundlach Akt.-Ges. in Bielefeld. Der Beschäftigungsgrad dieses Unternehmens war derart, daß es großer Anstrengungen bedurfte, um den Anforderungen gerecht zu werden. Der Mangel an weiblichen Arbeitern zwang die Firma; in den benachbarten Wiedenbrück einen modernen Neubau zu errichten, der im November in Betrieb genommen wurde. Der Bruttoertrag des Unternehmens beziffert sich auf 1.321.075 Mk. Nach Abzug der Unkosten und 184.208 Mk. Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 232.162 Mk. Hier von sind zwei Dividende in Höhe von 8 Proz. auf das 21. Millionen Mark betragende Aktienkapital zur Verteilung gebracht, 30.000 Mk. kommen dem Reservefonds zugute. Wenn man bedenkt, daß die Firma umfangreiche Neubauten und Betriebserweiterungen vornahm, den Reservefonds auffüllte und Abschreibungen in ziemlich hoher Höhe vorgenommen wurden, kann man doch einem sehr gutem Ergebnis sprechen. Als Kuriosum mag noch erwähnt werden, daß für soziale Zwecke ganze 5450 Mk. (ca. 3 Proz. der Dividendensumme) ausgeworfen wurden. Das wird es für Schmerzgen gestofen haben, diese Riesensumme flüssig zu machen.

Ein großer Arbeitskamps in Dänemark ist von den Unternehmern provoziert worden, die alle in der Zeit vom 1. Februar bis 1. April ablaufenden Tarifverträge gekündigt hatten. Die Verhandlungen verzögerten sie, damit eine eventuelle Aussperrung möglichst alle Arbeiter gleichzeitig treffen sollte. Lohnerhöhungen lehnten sie ab, verlangten sogar für Arbeiter bedeutender Industrien eine zehnprozentige Lohnerabsetzung. Die Schlichtungsinstitution, die um eine Beilegung des Konflikts bemüht war, hatte keinen Erfolg. Darauf verfügten die Unternehmer die Aussperrung, die am 20. April in Kraft trat. Die von den Arbeitern angeführten Sympathiestreiks wurden am 21. April eingeleitet. Zurzeit stehen rund 125.000 organisierte Arbeiter im Kampf.

Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß rund die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder von der Aussperrung betroffen werden, hat die dänische Gewerkschaftszentrale die internationale Hilfe angefordert. Der IOB hat sich wegen Einleitung einer Untersuchungsaktion bereits mit den gewerkschaftlichen Landeszentralen in Verbindung gesetzt. Da die dänische Solidarität bisher bei jeder Gelegenheit die weitestgehende Solidarität gezeigt hat, kann bestimmt erwartet werden, daß die Arbeiterchaft aller Länder den dänischen Arbeitsbrüder schonell und wirkungsvoll wie möglich zur Hilfe eilen wird. Wir deutsche Arbeiter werden bestimmt nicht die uns bewiesene Solidarität der dänischen Arbeitsbrüder vergessen.

Die christlichen Gewerkschaften und das Internationale Arbeitsamt. Auf der in Baden-Baden abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes wurde u. a. eine Resolution betr. die Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Internationalen Organisation der Arbeit angenommen, in der auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Interessen der Minderheiten in den verschiedenen Ländern hingewiesen und gefagt wird, daß die internationale christliche Gewerkschaftsbewegung das Wert der Internationalen Organisation der Arbeit allezeit unterstützt habe und deshalb „mit allem Nachdruck verlange, daß bei der Zusammenlegung des Verwaltungsrats, der Kommissionen und des Personals des Internationalen Arbeitsamts der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein Platz eingeräumt werde“.

Dazu ist zu bemerken, daß die Internationale Organisation der Arbeit unseres Wissens die Rechte der Minderheiten immer anerkannt und gewahrt hat. Was den letzten Satz betrifft, so muß auf Teil XIII des Friedensvertrages hingewiesen werden, in welchem gefagt wird, daß in der Internationalen Organisation der Arbeit neben den Regierungen die repräsentativsten Organisationen der Arbeiter und Unternehmer vertreten sein müssen. Wenn also im Verwaltungsrat kein Vertreter der christlichen Gewerkschaften ist, so gehören sie eben nicht zu den „repräsentativsten Organisationen“.

Die deutschen Löhne im Vergleich mit dem Ausland. In einem außerordentlich interessanten und mit vielem statistischen Material versehenen Artikel untersucht Dr. Paul Jannberg in der Monatschrift des IOB, „Die Arbeiter, die Frage Weltmarkt und Lohn. Der Verfasser kommt zu interessanten Feststellungen. So ergibt ein Ueberblick über die Lohnsteigerung in verschiedenen Ländern folgenden Bild: Durchschnittliche Stundenlöhne Ende 1924 im Prozent der Löhne von 1914 in

Deutschland	122 Prozent
Italien	150
Frankreich	152
England	200
der Schweiz	200
Schweden	249
Holland	295
in den Vereinigten Staaten	232

Wenn man nun noch beachtet, daß die deutschen Arbeiter länger arbeiten als ihre Kollegen im Ausland, dann kann man ersehen, wieviel der deutsche Unternehmer im Vorteil ist. Gerade jetzt geht ein Grunzen gegen die gestürzte Lohnreduktionen durch die Unternehmerpresse. Da dürfte es wirksam sein, an obige Zahlen zu erinnern. Der Zustand, daß die deutsche Arbeiterschaft billiger als die englische und amerikanische arbeitet, kann und darf nicht in alle Ewigkeit aufrechterhalten werden. Man solle aber auch immer beachten, daß sich in obigen Zahlen die Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung widerspiegelt. Sie bezieht gerichtet die Gewerkschaften sind, je höher stellen sich natürlich auch die Arbeiterlöhne. Und dies soll und muß unsere Aufgabe für die Zukunft sein. Sind unsere Gewerkschaften stark genug, dann mag der Reichswirtschaftsminister lamentieren, soviel er will, dann mögen die kapitalistischen Selbstschreiber sich die Finger wund schreiben. Der deutsche Arbeiter hat es fast, als Ruff unter den modernen Lohnarbeitern zu gelten.

Fünfter Deutscher Bauhüttenstag. Der Verband sozialer Baubetriebe beruft den V. Deutschen Bauhüttenstag auf die Zeit vom 14. bis 16. Mai nach München ein. Die Tagung zerfällt in eine öffentliche und in eine geschlossene Sitzung. In der öffentlichen Sitzung am 15. Mai, zu der auch die Regierungen des Reichs und der Länder; eine Reihe großer deutscher Städte sowie die öffentlich-rechtlichen und gemeinnützigen Bauauftraggeber eingeladen sind, wird Herr Finanzminister außer Diensten Hermann Widemann über „Die Bauhütten im Wirtschaftskampf“, Herr Geheimrat Dr. J. Bachem, Direktor der Bank der Arbeiter, Angefallten und Beamten zu Berlin, über „Eldmarkt und Baugewerbe“, Reichstagsabg. Hermann Überbrühl über den „Sturm auf die Wohnungswirtschaft im Wohnungswesen“ und Herr Architekt Richard Binne über „Die wirtschaftliche Betriebsführung im Baugewerbe“ sprechen. In der geschlossenen Sitzung am 16. Mai sollen organisatorische Fragen der Bauhüttenbewegung behandelt werden. Mit der Tagung ist eine kleine Ausstellung sowie die Besichtigung der Bauhütten München und Südbayern, und am Sonntag ein gemeinsamer Ausflug ins bayerische Hochland verbunden.

Das neue Urlaubsrecht in der Tischschloßerei. Nach jahrelanger Herbeiführung hat das tschechische Parlament endlich das Gesetz über den Arbeiterurlaub angenommen. Jeder dauernd beschäftigte Arbeiter hat das Recht auf einen Urlaub von sechs Tagen im Jahre, nach zehn Jahren auf sieben Tage, nach 15 Jahren auf acht Tage. Lehrlinge haben bereits nach einem halben Jahr Anspruch auf acht Tage Urlaub. Der Urlaub ist vom 1. Mai bis 1. September nach Vereinbarung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu gewähren. Das neue Gesetz stellt einen begriffswerten Fortschritt dar. Man darf aber nicht aus den Augen verlieren, daß vor kurzem ein Gesetz in der Tischschloßerei angenommen wurde, das eine ganze Reihe bisher arbeitsfreier Feiertage abschafft, wodurch die Arbeitslage wesentlich vermehrt werden.

Literatur.

„Die Zeitschriften“ mit der Zeilage „Sicht über den Rand“ enthält köstliche Bilder aus der Freiheits- und Arbeiterbewegung. Die Monatschrift ist überall erhältlich und kostet 15 Goldpfennig. Das Jahrbuchabonnement samt Zustellung der Post 1 Rentenmark ist bei der Verwaltung, die Proberzeugnisse auf Wunsch unentgeltlich versendet, Wien IV, Mittelsteig 3a, zu bestellen.

Abrechnungen.

In der letzten Woche gingen bei der Hauptkassa ein: Abrechnung des 1. Quartals aus Bielefeld, gleichzeitig der Restbetrag 1640,48 Mk.
Berlin, den 2. Mai 1925. H. Sodahl.

Für die Woche vom 11. bis 16. Mai ist die Beitragsmarke in das mit 20 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder der Karte zu kleben.

Briefkasten.

Nr. 1. Kassenanleger. Rechnung ist treulich ausgefüllt. Beitrag bereits eingegangen.

Zahlstelle Leipzig.

Donnerstag, den 21. Mai, beanstanden wir unseren ersten diesjährigen

familienausflug

nach Oetich bei Leipzig, „Gasthaus zur Linde“
Lanz freu.

Der Ausflug ist als Vormittagsausflug geplant. Abmarsch mit Aufst. Punkt 7 Uhr vom Pantheon, Dresdener Straße. Treffpunkt bis 8 Uhr Götterleer.

Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen

Der Gauvorstand.

Unserer langjährigen Kollegin Luise Meyer sowie ihrem jungen Gatten zur Vermählung die besten Glückwünsche.
Zahlstelle Bremen.

Beantwortlich für Redaktion: E. Schuler, Charlottenburg, Westfälische Str. 16. Fernruf: Amt Charlottenburg 133. - Verlag: E. Schuler, Charlottenburg. Druck: Bornsche-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Gout Eismar u. Co., Berlin SW. 68.